

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 22. September 1925

Kein Parteienverkehr im Wohlfahrtsamt. Infolge dienstlicher Verhinderung entfällt am Donnerstag der Parteienverkehr in der Kanzlei des amtsführenden Stadtrates Professor Tandler.

Oesterreichische Bundesbürgerschaft der Bundespensionisten. Die Pensionsparteien des Bundes haben sich darüber beschwert, dass sie sich die Bestätigungen über Heimatrecht und Bundesbürgerschaft bei der Magistratsabteilung 50 im Neuen Rathaus holen müssen und dass sie diese Bestätigung nicht bei den magistratischen Bezirksämtern erhalten und dass diese Bestätigung oft nur nach sehr langem Warten zu erlangen ist. Hierzu ist zu bemerken, dass diese Bestätigungen von der Finanzlandesdirektion und von der Bundesbahndirektion Wien-Nord-Ost deshalb verlangt wurden, weil nach der bekannten Verwaltungsgerichtshofentscheidung eine grosse Zahl von Pensionsparteien ihre ehemalige Staatsbürgerschaft durch die Minoritätenverträge der Nachfolgestaaten verloren haben. Es war also zu erwarten, dass diese Anfrage nach Inkrafttreten der Bestimmung des Paragraph 24 des neuen Staatsbürgerschafts ^{gesetzes} eingestellt würde, durch den bekanntlich alle diese Personen wieder österreichische Staatsbürger geworden sind. Diese Erwartung hat sich aber nicht erfüllt, vielmehr hat sich der Parteienandrang beim Wiener Magistrat seither noch wesentlich gesteigert. Die Bestätigung durch die Bezirksämter ist deshalb unmöglich, weil ihnen die notwendigen Evidenzbehelfe (Gemeindematrik) nicht zur Verfügung stehen. Sie müssten vielmehr in der Zentrale anfragen, was nur eine Verzögerung der Erledigung bedeuten würde.

Bürgermeister Seitz hat daher an den Finanzminister und an den Bundesbahnpräsidenten das dringende Ersuchen gerichtet, die Unterbehörden anzuweisen, diese Anfragen in allen Fällen zu unterlassen, in denen nur die Minoritätenverträge der Grund des Zweifels an der Staatsbürgerschaft sind und die Aussendung der Fragebogen in kleineren Partien als bisher vorzunehmen. Auch wurde die Anregung gegeben, die Feststellung der Staatsbürgerschaft im Wege des Amtes durch Uebersendung von Verzeichnissen an den Magistrat vorzunehmen, um den Pensionsparteien, die ja in der Regel alte Leute sind, denen der Weg in das Rathaus schwer fällt, das Vorsprechen beim Magistrat überhaupt zu ersparen.
